

Entgegenkommen signalisierte Zhu Rongji hinsichtlich des großen Handelsdefizits, dass Pakistan mit der VR China aufweist. Zhu kündigte an, Importen aus Pakistan Priorität einräumen zu wollen. Eine Delegation solle im Anschluss an seinen Besuch demnächst Pakistan bereisen und verschiedene Güter einkaufen, die auf dem chinesischen Markt absetzbar sind.

Die größte Bedeutung misst China allerdings offensichtlich den umfangreichen Infrastrukturprojekten im Zusammenhang mit dem pakistanischen Programm zur Revitalisierung der Wirtschaft bei. China besitze auf diesem Gebiet gegenüber Pakistan sowohl hinsichtlich der Technologie, der technischen Ausstattung als auch im Hinblick auf Expertise und Erfahrung einen relativ großen Vorsprung. Das gelte besonders für den Bau von Straßen, Brücken, Hafenanlagen und Projekten der Energiegewinnung, so Zhu Rongji.

Hatte man in Pakistan offensichtlich die Hoffnung gehegt, China werde in diesem Zusammenhang großzügige Finanzhilfe leisten, so beließ es Zhu Rongji im Wesentlichen bei der Ankündigung, man wolle chinesische Unternehmen ermutigen, sich aktiv an dem ambitionierten Aufbauprogramm in Pakistan beteiligen. Unterstützung wurde – aus chinesischer Sicht nicht ganz uneigennützig – allerdings für zwei Megaprojekte in Aussicht gestellt. Dabei handelt es sich um den Hafen von Gawadar und eine Küstenstraße. Gleichzeitig drängt China jedoch auf den weiteren Ausbau des Karakorum Highway zwischen Xinjiang und Pakistan, um auf dieser Trasse ein größeres Transportvolumen zu realisieren. In Verbindung mit neuen Hafenanlagen und weiteren Straßenverbindungen dürften diese Infrastrukturprojekte nicht zuletzt der chinesischen Westprovinz Xinjiang zugute kommen.

Auf dem Feld der Telekommunikation engagieren sich bereits chinesische Firmen in Pakistan. So wurde am Rande des Besuchs Zhu Rongjis in Islamabad eine Absichtserklärung zwischen dem größten staatseigenen chinesischen Hersteller von Telekommunikationsausrüstungen ZTE und der pakistanischen Mobilink GSM Ltd. unterzeichnet. China wird demnach

etwa 200 Mio. US\$ in den Mobilfunksektor in Pakistan investieren. Das Unternehmen Private Pakistani Mobile Telecommunication Service wird das notwendige Equipment für das Netz von der chinesischen ZTE erwerben, die wiederum für Installation, Wartung und Betrieb der Anlagen sowie für die Ausbildung von Mitarbeitern zuständig zeichnen wird.

China Electronics Corp. bot Pakistan ergänzend alle notwendige Unterstützung für den Bau einer Satellitenstation im Land an. Pakistan biete sich als ein idealer Standort für die Errichtung einer Basis für die satellitengestützte Kommunikation an. (XNA, 11.5.01; Xinhua, 12.5.01, nach BBC PF, 12.5.01; Radio Pakistan, 12.5.01, nach BBC PF, 12.5.01; Pakistan TV, 22.5.01, nach BBC PF, 22.5.01) -kg-

Binnenwirtschaft

28 Weniger uneinbringliche Kredite in den Banken

Einem Bericht der Xinhua Nachrichtenagentur zufolge soll sich die Qualität der Vermögenswerte der vier großen Staatsbanken im ersten Quartal d.J. verbessert haben. Im Einzelnen berichten die vier großen staatseigenen Geschäftsbanken von folgender Entwicklung bei der Reduzierung der uneinbringlichen Kredite:

- Rückgang um 1,38% in der Agricultural Bank of China (ABC);
- Rückgang um 0,5% in der China Construction Bank (CCB);
- Rückgang um rd. 3% in der Bank of China (BOC);
- Rückgang um 5,62 Mrd. Yuan in der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) seit Dezember 2000; der Anteil der neu uneinbringlich gewordenen Kredite konnte auf unter 0,05% beschränkt werden.

Die Banken haben das Ziel, die uneinbringlichen Kredite in den kommenden Jahren jährlich um 2-3% zu reduzieren.

Zu den Reformmaßnahmen zählt auch die Stärkung der bankinternen Kontrollen, die eine effizientere Kreditvergabe und -rückzahlung erlauben soll. Hierzu gehört beispielsweise nach Angaben von Liu Mingkang, Präsident der BOC, ebenfalls die Überprüfung der Filialleiter der Bankniederlassungen durch ein Kontrollteam, das die Richtigkeit der Kreditdaten überprüft, die an die Zentrale gemeldet werden, des gesamten Risikokontrollsystems der Filialen und der Fachkenntnisse der Manager. In der Vergangenheit, so Liu, hätten die Banken Kredite vergeben, die eigentlich nicht in dieser Form hätten vergeben werden dürfen, heute dagegen könnten die Banken über die Kreditvergabe entscheiden. (XNA, 18.5.01)

Die *Financial Times* berichtete Mitte Mai, dass in dem BOC-Jahresbericht die Höhe der uneinbringlichen Kredite mit 28% angegeben wird. Diese Quote stehe in starkem Gegensatz zu den früher veröffentlichten Angaben. Beispielsweise hätte das BOC-Topmanagement im Jahre 1998 eine Quote von 11% angegeben. Das Gesamtvermögen der BOC erreichte Ende 2000 ein Volumen von 3.430 Mrd. RMB (418 Mrd. US\$). (FT, 13.5.01) Inwieweit die veränderten Definitionskriterien für „uneinbringlich“ bei der Veränderung der Quote uneinbringlicher Kredite eine Rolle gespielt haben, darauf ging der *Financial Times*-Bericht allerdings nicht ein.

Im letzten Jahr soll es die BOC geschafft haben, ihre uneinbringlichen Kredite um ein Volumen von 18,5 Mrd. RMB zu reduzieren, insbesondere durch Überzeugung der Schuldner, ihre ausstehenden Kredite zurückzahlen. Für dieses und das nächste Jahr ist geplant, in ähnlicher Weise jeweils 20 bzw. 25 Mrd. RMB uneinbringlicher Kredite wieder zurückzuholen. (FT, 13.05.01)

Die Anstrengungen der Banken, die Qualität ihrer Vermögensstruktur zu verbessern und ihre Eigenkapitalquote zu erhöhen, wurde von der Regierung durch Kapitalinjektionen und die Gründung von Auffanggesellschaften unterstützt. So hatte das Finanzministerium 1998 durch die Bereitstellung von Anleihen in Höhe von 270 Mrd. RMB zur Stärkung der Eigenkapitalquote beigetragen. Von den Banken

wurden bereits 1.300 Mrd. RMB an uneinbringlichen Krediten an die Vermögensverwaltungsgesellschaften (Asset Management Companies = AMC) zur Umstrukturierung transferiert, die diese dann an in- und ausländische Investoren verkaufen sollen. Bis Ende 2000 sollen die vier AMC 90 Mrd. RMB an uneinbringlichen Krediten von den Banken umstrukturiert und dabei 24 Mrd. RMB aus den Verkäufen realisiert haben. Allerdings gestaltete sich der Verkauf relativ schwierig. (XNA, 15.5., 18.5.01) Die CEN berichtete im März von einem Volumen in Höhe von 1.470 Mrd. RMB, das dem Zentralbankpräsidenten Dai Xianglong zufolge von den AMC übernommen worden sei. (Ca., 2001/02, S.141).

Nach Einschätzung von Jiang Jianqing, Präsident der ICBC, muss die Bank in den nächsten fünf Jahren rd. 100 Mrd. RMB an uneinbringlichen Krediten zur Verbesserung ihrer Vermögensstruktur loswerden. Ziel sei es, nach fünf Jahren den Anteil der Kredite auf das international oder in Hongkong übliche Niveau herunterzubringen. Die Hong Kong Monetary Authority, die Zentralbank Hongkongs, gab die Höhe der uneinbringlichen Kredite Ende 2000 mit 4,39% durchschnittlich an.

Nach Angaben der ICBC hat die Bank uneinbringliche Kredite in Höhe von 25% der gesamten Kredite. Externe Analysten gehen von einem höheren Anteil aus. Die von der ICBC gegründete China Huarong Asset Management Company hat uneinbringliche Kredite von der Bank in Höhe von 400 Mrd. RMB übernommen. Die ersten umstrukturierten Vermögenswerte mit einem Volumen von rd. 3 Mrd. US\$ sollen nunmehr an ausländische Investoren verkauft werden.

Jiang zufolge habe die Bank in den letzten zwei Jahren Gewinne aufweisen können und sei in der Lage, diese positive Entwicklung fortzusetzen, sodass auch Rückstellungen für Risikokredite und Abschreibungen uneinbringlicher Kredite gemacht werden könnten. Nach Abzug der Rückstellungen für Risikokredite sei ein Gewinn von 5,06 Mrd. RMB erzielt worden. (SCMP, 9.5.01)

Einem Bericht der *International Herald Tribune* zufolge will die Zentral-

bank noch in diesem Jahr drei der vier großen Staatsbanken rekaptalisiert haben, um ihr Eigenkapital auf das BIS-Niveau von 8% anzuheben. Bisher soll nur die ICBC diesen Standard besitzen. Allerdings soll auch die BOC in ihrem Jahresbericht eine Eigenkapitalquote von 8,31% aufweisen. (IHT, 10.5.01)

Auch die Umwandlung der staatseigenen Banken in Aktiengesellschaften und ihre Börsennotierung werden als ein Mittel gesehen, um die Kommerzialisierung und Konsolidierung des Bankensystems voranzubringen. Auf dem Fortune Global Forum in Hongkong erklärte Dai Xianglong, Präsident der Zentralbank, dass staatseigene Banken mit guter Performance in Aktiengesellschaft umstrukturiert und an die Börse gebracht werden sollen. (XNA, 10.5.01)

Als eine weitere Methode, die Eigenkapitalquote zu erhöhen, scheint die Emission von langfristigen Bankschuldverschreibungen von der Regierung verfolgt zu werden. Nach Angaben der *Financial Times* werden derzeit entsprechende Bestimmungen für die Emission von langfristigen Bankanleihen von der Zentralbank ausgearbeitet. (FT, 14.5.01) -schü-

29 Kooperation mit der ILO

Mitte Mai unterzeichnete die chinesische Regierung ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit mit der ILO (International Labor Organization). In einer Pressekonferenz stellte Juan Somavia, Generaldirektor der ILO, die wesentlichen Gesprächspunkte und Inhalte des Memorandums vor.

Somavia, für den der Besuch in Beijing im Mai d.J. seine erste offizielle Visite in China ist, verwies in einer Pressekonferenz auf die große Herausforderung, die der Prozess der Globalisierung für China darstelle. Es sei in diesem Zusammenhang diskutiert worden, in welcher Form die ILO Chinas soziale und wirtschaftliche Reformen unterstützen könne. Aus dieser Diskussion resultiere die Vereinbarung über eine Zusammenarbeit. Ziel sei dabei, die nationale Politik in den Bereichen Beschäftigung, sozialer Dialog und soziale Sicherung in den Zusammenhang mit international anerkannt-

ten Prinzipien und Rechten zu bringen. Somavia betonte, dass die ILO ein qualitativ neues Niveau der Diskussion und des Engagements zwischen der ILO und China erwarte.

Somavia strich auf der Pressekonferenz die Erfolge Chinas bei der Bekämpfung der Armut heraus. Auch im Arbeitsbereich seien in den letzten Jahren neue rechtliche Strukturen entstanden, die die Basis für kollektives Aushandeln gelegt hätten. Erste Schritte zur Stärkung und Diversifizierung der beruflichen Bildung sowie beim Aufbau eines umfassenden sozialen Sicherungssystems seien ebenfalls unternommen worden. Andererseits gebe es noch enorme Herausforderungen. So müssten soziale Institutionen und der Prozess des sozialen Dialogs mit der Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums verbunden werden.

Das Memorandum mit China greift einige Schlüsselprobleme der Reform auf wie z.B.

- die sich entwickelnde rechtliche Struktur der Arbeitsbeziehungen;
- die soziale Absicherung für die Menschen in der strukturellen Anpassung;
- den enormen Druck zur Schaffung neuer Arbeitsplätze;
- den Aufbau eines Systems von Arbeitsbeziehungen und Streit-schlichtungsmechanismen, die einen geordneten Wandel erlauben.

Somavia betonte, dass das Kooperationsprogramm durch die nationale Politik unterstützt werden muss. Hierzu gehöre die Stärkung des Bewusstseins dieser Probleme, rechtliche Maßnahmen, angemessene Politiken sowie der Aufbau von Institutionen. Das Programm basiere auf der Kooperation mit China sowie dem UN-System, den Bretton Woods-Organisationen sowie anderen Finanzinstitutionen. Somavia kündigte auf der Pressekonferenz ebenfalls an, dass die Schweiz einen finanziellen Fonds bereitgestellt hat, um ein Projekt der Entwicklung von Humankapital und Arbeitsbeziehungen in den wirtschaftlichen Entwicklungszonen Chinas zu fördern. In die-

sem Projekt würden die Prioritätsfelder abgedeckt, die im Memorandum angesprochen seien.

Obwohl die Annäherung zwischen der ILO und China ein wichtiger Schritt ist, gibt es noch viele Gegensätze, die scheinbar unüberwindbar sind. So hat China die ILO Konvention 87 über das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften nicht unterzeichnet; auch der Resolution gegen Zwangsarbeit hat China nicht zugestimmt. Gleichzeitig hat China gegenüber der UN-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte Bedenken geäußert. Somavia sieht jedoch Perspektiven für einen konstruktiven Dialog mit China und mit dem Memorandum die Basis dafür, dass die wichtigsten ILO-Prinzipien von China unterstützt werden. Auf der Pressekonferenz wies Somavia auf diese Probleme hin und übergab gleichfalls eine Liste von inhaftierten Arbeitern und bat im Namen des Committee on Freedom of Association um deren Freilassung. (www.ilo.org/public/english/bureau/dgo/messages/chinamou.htm)

Zu der geplanten Studie wies die Vertretung des ILO-Büros in China darauf hin, dass diese in Shanghai, Chongqing und Dalian durchgeführt werde. Hierbei werde vor allem die Erstellung von Ausbildungsmaterial, Weiterbildung von Lehrern, Fragen der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen im Vordergrund stehen. Lehrveranstaltungen, Workshops und Studienreisen würden das Programm abrunden. Kooperationspartner seien die ACFTU (Allchinesische Gewerkschaftsförderung) sowie der CEC (Chinesische Unternehmerschuss) (NZZ, 19.5.01; XNA, 18.5.01) -schü-

30 Kauf privater Kfz wird stärker gefördert

Durch verschiedene Maßnahmen werden Anreize für den Kauf privater Kfz gesetzt. So hat beispielsweise Ende Mai d.J. die Staatliche Entwicklungsplanungskommission angekündigt, die Preiskontrollen für inländische Fahrzeuge zu lockern. Bisher sind die inländischen Hersteller nur in der Lage, ihre Preise in einem Umfang von 10% – bezogen auf das staatlich vorgegebene Preisniveau – zu verändern. Er-

gebnis dieser Preispolitik ist nach Einschätzung einiger Analysten ein geringer Kfz-Absatz.

Die Lockerung der Preiskontrollen soll außerdem den Wettbewerb zwischen den inländischen Herstellern stärken und die Restrukturierung des Marktes mit Blick auf den erwarteten WTO-Beitritt beschleunigen. So werden die Zölle für importierte Kfz mit dem Beitritt zur WTO bis Mitte 2006 auf 25% von derzeit 70-80% (und teilweise höher) gesenkt und ausländischen Fahrzeugen der Marktzugang erleichtert werden müssen. (XNA, 23.5.01)

Neben der Lockerung der Preise für Kfz stellt die Finanzierung privater Käufe einen weiteren Anreiz dar. So können Kfz über Bankkredite finanziert werden. Im letzten Jahr sollen rd. 100.000 Fahrzeuge über eine Finanzierung verkauft worden sein. Für das laufende Jahr wird damit gerechnet, dass die Zahl der Käufer auf rd. 2 Mio. und die Finanzierung von Kfz auf rd. 200.000 steigen wird.

Die Finanzierung privater Kfz wird auch als ein Mittel zur Stärkung der privaten Nachfrage angesehen. Gleichzeitig wies Dai Xianglong, Präsident der Zentralbank, darauf hin, dass die Kfz-Finanzierung als Teil der privaten Kredite zur Reform des Finanzsystems beitrage. (XNA, 15.5.01)

Das Interesse am Kauf von privaten Kfz ist durchaus vorhanden, wie eine Untersuchung in Shanghai zeigt. Diese wurde von der Shanghai Niederlassung der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) durchgeführt und zeigte, dass 70% der befragten Jugendlichen Interesse am Kauf eines Kfz in der nächsten Zeit haben. 90% der Befragten würden den Kauf mit einem Bankkredit finanzieren. Ein Anteil von 71% der Befragten betrachtet die Aufnahme von Krediten zwischen 100.000 und 200.000 RMB (12.100-24.200 US\$) als angemessen für den Kfz-Kauf.

Die ICBC hat seit Oktober 1998 Bankkredite für den privaten Kfz-Kauf vergeben. Bisher sollen rd. 8.600 Personen hierüber Fahrzeuge gekauft haben. Die Kreditsumme belief sich auf rd. 800 Mio. RMB (96,73 Mio. US\$). (XNA, 18.5.01)

Ausländische Kfz-Hersteller in China sehen in der privaten Finanzie-

rung von Kfz ebenfalls eine große Absatzchance. So bereitet VW beispielsweise ein Joint Venture für die Finanzierung von Autokäufen vor und wartet nur noch auf die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für den Markteintritt. (NfA, 15.5.01; HB, 14.5.01) -schü-

31 Daten zum Arbeitsmarkt und zur sozialen Sicherung

Das Ministerium für Arbeit und soziale Sicherung hat Anfang Mai eine Reihe von Daten zum Arbeitsmarkt und zur sozialen Absicherung für das Jahr 2000 vorgelegt. Einige dieser Daten werden im Folgenden vorgestellt. (XNA, 9.5.01)

FREIGESetzte ARBEITSKRÄFTE IN DEN STAATSUNTERNEHMEN:

Von den Staatsunternehmen wurden bis Ende 2000 6,57 Mio. Arbeitskräfte freigesetzt. Dies waren 47.000 Arbeitskräfte mehr als 1999. Ein Anteil von 93,5% wurde in verschiedenen Wiederbeschäftigungszentren registriert; 97,3% erhielten eine Grundversorgung für ihren Lebensunterhalt. Von den 6,57 Mio. freigesetzten Arbeitskräften haben 3,61 Mio. eine neue Beschäftigung gefunden.

BERUFLICHE WEITERBILDUNG:

An Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nahmen 3,58 Mio. freigesetzte Arbeitskräfte teil. Hiervon fanden 2,26 Mio. Arbeitskräfte eine neue Arbeitsstelle. Ende 2000 gab es 3.792 Lehrwerkstätten in Industriebetrieben, in denen 1,4 Mio. Personen ausgebildet wurden. Darüber hinaus existierten 3.751 Ausbildungszentren und 15.000 sonstige Ausbildungsstätten landesweit. Die gesamte Zahl der Personen, die im letzten Jahr an einer Weiterbildung teilgenommen haben, wird mit 8,96 Mio. angegeben.

ENTWICKLUNG DES ARBEITSMARKTES:

Im letzten Jahr wurden die Arbeitsmärkte in 100 großen Städten umstrukturiert. Hierzu zählte die Einrichtung von Netzwerken, die Arbeitsmarktinformation liefern und die Entwicklung des Arbeitsmarktes überwachen. Ende des Jahres existierten 29.240 Arbeitsvermittlungsbüros, die 9,75 Mio. Personen dabei unterstützten, eine neue Beschäftigung zu finden.

ARBEITSBEZIEHUNGEN:

Die Gesamtzahl der Arbeitsstreitigkeiten belief sich auf 135.000 im letzten Jahr, dies waren 12,5% mehr als 1999. Die Arbeitsstreitigkeiten involvierten rd. 423.000 Personen (-10,8%). Die Abteilungen für die Schlichtung von Konflikten waren in der Lage, 72.000 Arbeitsstreitigkeiten zu schlichten.

LOHNENTWICKLUNG:

Die Löhne für städtische Arbeitskräfte erhöhten sich im Jahre 2000 um 7,9%. Der jährliche Pro-Kopf-Durchschnittslohn für städtische Arbeiter betrug unter Berücksichtigung der Inflation 9.371 RMB (+11,4%). In den staatseigenen Unternehmen lag der Durchschnittslohn bei 9.552 RMB, in den kollektiveigenen Unternehmen bei 6.262 RMB und in den privaten und mit Auslandskapital finanzierten Unternehmen bei 10.984 RMB.

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG:

Ende 2000 waren 104,08 Mio. Personen an der Arbeitslosenversicherung beteiligt. Im Vergleich zum Vorjahr waren dies 5,56 Mio. bzw. 6% mehr. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung beliefen sich auf 12,3 Mrd. RMB (1,5 Mrd. US\$); insgesamt erhielten 3,3 Mio. arbeitslose Personen Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Der Arbeitslosenversicherungsfonds schloss mit einem Überschuss von 19,6 Mrd. RMB.

RENTENVERSICHERUNG:

Ende 2000 gab es 38,76 Mio. Rentner (in den Städten), das waren 1,49 Mio. mehr als 1999. In die Rentenversicherung waren 31,7 Mio. Rentner integriert (+6,2%). Einer anderen Meldung zufolge, wurden Rentenzahlungen für 27,56 Mio. Rentner über Banken und die Post abgewickelt und nicht mehr über die Unternehmen, in denen die Rentner früher beschäftigt waren. An der Rentenversicherung in den ländlichen Gebieten beteiligten sich 61,72 Mio. Personen.

KRANKEN-, UNFALL- UND MUTTERSCHUTZVERSICHERUNG:

Ende 2000 hatten 320 der 349 großen Städten einen Plan zur Reform der Krankenversicherung ausgearbeitet; 284 Städten haben bereits mit der Umsetzung dieses Plans begonnen. Die Gesamtzahl der in die Krankenversicherungen einbezogenen Personen betrug 43,32 Mio. Die Einnahmen für den Basisfonds der medizi-

nischen Versorgung belief sich auf 17 Mrd. RMB, die Ausgaben betragen 12,4 Mrd. RMB.

Neben der Krankenversicherung existiert noch eine Versicherung gegen Arbeitsunfälle, an der im letzten Jahr 43,5 Mio. Personen (+9,9%) beteiligt waren. Die Einnahmen in dem Fonds für die Unfallversicherung lagen bei 2,5 Mrd. RMB, die Ausgaben beliefen sich auf 1,4 Mrd. RMB. Weiterhin können sich die weiblichen Arbeitskräfte einer Mutterschutzversicherung anschließen. An dieser Versicherung waren 30,03 Mio. Arbeitskräfte beteiligt (+1,9%). Der Fonds für den Mutterschutz erreichte ein Einnahmenvolumen von 1,12 Mrd. RMB, die Ausgaben betragen 840 Mio. RMB.

Die Daten des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherung weisen zwar auf den fortschreitenden Aufbau des sozialen Sicherungsnetzes hin, doch ist nach wie vor nur ein relativ geringer Teil aller Arbeitskräfte in den Städten und ländlichen Gebieten hiervon betroffen. Dass die soziale Sicherung zu den großen Herausforderungen des Transformationsprozesses zählt, zeigt das Beispiel des Gesundheitssektors.

Obwohl die Weltbank China Mitte der 80er Jahre ein überdurchschnittliches Niveau der Gesundheitsversorgung im Vergleich zu den übrigen Entwicklungsländern bestätigte, galt dies bereits nicht für rd. ein Viertel der ländlichen Bevölkerung in den abgelegenen Regionen mit unterentwickelter Infrastruktur. (Siehe dazu World Bank (1992), *China. Long-Term Issues and Options in the Health Transition*, Washington D.C., S.xi; S.1). Der UNDP-Bericht 2000 weist auch für das Jahr 1997 auf starke regionale Unterschiede bei den HDI-Indikatoren insgesamt sowie auch bei der Lebenserwartung hin. Der Index für menschliche Entwicklung bzw. HDI (Human Development Index) wird von der UNDP als Index der durchschnittlichen Errungenschaften in grundlegenden Bereichen der menschlichen Entwicklung zusammengesetzt und umfasst Aspekte wie Lebensdauer, Wissen, Lebensstandard, etc. (Siehe dazu UNDP (2000), *Bericht über die menschliche Entwicklung 2000*, Bonn, S.189.)

Die rasche Zunahme der nichtübertragbaren Krankheiten, insbesondere von Schlaganfällen, Herz- und Krebs-

krankheiten sowie chronischen Lungenerkrankungen, die die häufigsten Todesursachen in der mittleren Altersgruppe und im späten Alter sind, wird von der Weltbank (siehe World Bank (1997), *China 2020. Issues and Options for China. Financing Health Care*, Washington D.C.) als größte zukünftige Herausforderung betrachtet. Die Veränderung der Alterspyramide beinhaltet, dass im Jahre 2010 der Anteil der über 65-Jährigen auf 8% und bis zum Jahr 2020 der Anteil der über 60-Jährigen auf 16% gestiegen sein wird. Dies bedeutet, dass anteilmäßig nahezu ebenso viele alte Menschen in China wie in den Industriestaaten mit 18% im Durchschnitt des Jahres 1990 leben werden. Die Industriestaaten haben allerdings fast 100 Jahre gebraucht, bis sich ihr Altenanteil verdoppelte, während China dies in 35 Jahren verkraften muss. Die Überalterung der Bevölkerung wird vor allem in den chinesischen Städten auffällig sein, weil hier die „Ein-Kind-Politik“ sehr erfolgreich war, während auf dem Land zwei Kinder erlaubt sind. Bis zum Jahr 2030 könnte die Zahl der über 60-Jährigen in den städtischen Ballungszentren von 14,8% im Jahre 1990 auf 47,3% im Jahre 2030 steigen. Diese demographische Entwicklung erhöht den Druck auf die soziale Absicherung, insbesondere auch hinsichtlich altersbedingter Krankheiten.

Langfristigen Prognosen zufolge wird mit einem Anstieg der nichtübertragbaren Krankheiten von 58% aller Krankheitsfälle im Jahre 1990 auf 79% im Jahre 2020 ausgegangen. Bei der Zunahme der nichtübertragbaren Krankheiten spielt die o.g. Veränderung der Altersstruktur mit einem rasch ansteigenden Anteil älterer Menschen eine entscheidende Rolle. Der Druck auf eine Veränderung der Strukturen im Gesundheitssektor ist zum einen aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung, in deren Folge sich die Kosten der Gesundheitsversorgung erhöhten, gestiegen. Die nichtübertragbaren und chronischen Krankheiten in der älteren Bevölkerungsgruppe beanspruchen einen immer höheren Anteil am gesamten Gesundheitsbudget. Diese Krankheiten sind schwieriger vorzubeugen und kostenintensiver in der Behandlung. Zum anderen kam es zu einem Zusammenbruch des kollektiv organisierten und finanzierten

Gesundheitssystem in den ländlichen Gebieten. Darüber hinaus waren die staatseigenen Unternehmen im Wettbewerb mit nichtstaatlichen Unternehmen von den steigenden Kosten der Gesundheitsversorgung vor allem betroffen, sodass eine überbetriebliche Absicherung notwendig wurde. (Beasley, Christine, „Health care: The sick man of China“, in: *ChinaOnline*, http://www.chinaonline.com/commentary_analysis/instreform/NewsArchive/secure/2001/February/c01020560.asp)

Ziel der Reformen in den letzten Jahren war einerseits eine Ausweitung der Gesundheitsversorgung auf weitere Bevölkerungsteile und eine Eindämmung der steigenden Kosten im Gesundheitssektor. Erste Experimente in verschiedenen Städten ab Ende der 80er Jahre bestanden in der Bildung von überbetrieblichen Fonds in staats-eigenen Unternehmen und in Verwaltungen. Über einen Fonds sollten die Kosten der medizinischen Grundversorgung und über einen anderen die Kosten für die Behandlung schwerer Krankheiten finanziert werden. Weiterhin wurden die Beschäftigten über eine Selbstbeteiligung an den Kosten der medizinischen Versorgung beteiligt. -schü-

SVR Hongkong

32 Jiang Zemin stattet Hongkong offiziellen Besuch ab

Jiang Zemin, chinesischer Staatspräsident und Generalsekretär der KPCh, stattete Hongkong anlässlich des dort veranstalteten „Fortune Global Forum“ Mitte Mai einen offiziellen Besuch ab. Seine Anwesenheit wurde allgemein als positives Signal für die Unterstützung Hongkongs als Wirtschafts- und Finanzmetropole Asiens, aber auch für die Wertschätzung der politischen Autonomie der SVR Hongkong durch die VR China gewertet.

Das „Fortune Global Forum“, das vom 8. bis 10. Mai in Hongkong stattfand, wurde von AOL Time Warner ausgerichtet. Die Zahl der hochran-

gigen Teilnehmer aus internationalen Wirtschaftskreisen lag bei rund 600 und damit etwas niedriger als im Jahr 1999, als Shanghai ein entsprechendes Forum veranstaltete. Thema der diesjährigen Veranstaltung war der Umgang mit den Folgen der Asienkrise und die zukünftige Positionierung Asiens in der globalisierten Wirtschaft. Insbesondere wurde der Bedarf einer verstärkten „corporate governance“ und höherer Transparenz für die asiatischen Staaten angemahnt. Für die Verwaltung der SVR gab das Forum außerdem Gelegenheit, eine neue Kampagne zur Imagewerbung für Hongkong ins Leben zu rufen, die zum Ziel hat, den internationalen Stellenwert und die Attraktivität Hongkongs für multinationale Unternehmen unter dem Motto „Asiens Weltstadt“ zu erhöhen.

Großes Aufsehen erregte die Tatsache, dass Jiang Zemin als einziger Staatschef dem Forum einen offiziellen Besuch abstattete. Jiang reiste gemeinsam mit seiner Gattin und einer 28-köpfigen Delegation festländischer Vertreter an, unter denen sich der chinesische Außenminister Qian Qichen, mehrere Staatsratsvertreter auf Ministerebene sowie Provinzgouverneure und Bürgermeister chinesischer Großstädte befanden. Unter den Gästen war auch Jiang Zemins Sohn Jiang Mianheng, der der Chinesischen Akademie für Wissenschaften als stellvertretender Direktor vorsitzt und als IT-Spezialist bekannt ist.

Die offizielle Rede Jiang Zemins vor dem Publikum des „Fortune Global Forum“, die sich einem breiten Spektrum von wirtschaftlichen und politischen Fragen in Asien widmete, wurde in Hongkong vor allem bezüglich der darin enthaltenen Aussagen zum politischen Verhältnis zwischen der chinesischen Zentralregierung und der Regierung der SVR rezipiert. Jiang Zemin betonte in seiner Rede, dass die chinesische Regierung gegenüber Hongkong eine langfristige angelegte Grundsatzpolitik verfolgen, die sich an den Prinzipien „ein Land, zwei Systeme“, „Hongkonger verwalten Hongkong“ sowie eines „hohen Grades an Autonomie“ orientiere, wie im *Basic Law* festgeschrieben. Die Zentralregierung, so Jiang, werde „[...] in dieser Politik niemals wanken oder diese abändern, komme was

wolle.“ Er bestätigte ferner die volle Unterstützung der chinesischen Regierung für den Regierungschef der SVR, Tung Chee-hwa und dessen Regierungsmannschaft. Diese hätten seit der Übergabe Hongkongs an die VR China im Jahr 1997 die Geschicke der SVR in Anbetracht der „komplizierten Situation“ mit Weisheit und Kompetenz gesteuert. Insgesamt hätten die Hongkonger gezeigt, dass sie zu einem erfolgreichen Management der Stadt in der Lage seien.

Als ein politisches Ereignis höchsten Ranges gab der Besuch Jiang Zemins in Hongkong Anlass für zahlreiche Protestaktionen. Die Hongkonger Polizei startete in Vorbereitung auf die angemeldeten Demonstrationen die umfangreichsten Sicherheitsmaßnahmen seit Bestehen der SVR. 3.000 Sicherheitskräfte wachten während des Forums über die Einhaltung der öffentlichen Ordnung und die Aufrechterhaltung einer Sicherheitszone von 300 Metern um den Tagungsort.

Insgesamt fanden sich im Verlauf des dreitägigen Forums 40 Gruppen mit insgesamt über 3.000 Teilnehmern zu Protesten ein. Die zahlenmäßig größte Demonstration wurde von rund 400 Falungong-Anhängern unternommen. Diese protestierten gegen die Verfolgung der Bewegung auf dem Festland sowie gegen Überlegungen der vergangenen Wochen, auch in der SVR Hongkong, wo Falungong bislang als legal registrierte Vereinigung aktiv ist, rechtliche Handhabe für ein Verbot von Falungong als einem gefährlichen „Kult“ zu schaffen. Als alarmierendes Signal wurde die Tatsache gewertet, dass die Einwanderungsbehörden rund 100 Falungong-Anhängern aus den USA, Großbritannien, Australien und anderen Staaten, die an den offiziell genehmigten Demonstrationen teilnehmen wollten, die Einreise nach Hongkong verweigert hatten. Regina Ip, die *Secretary for Security* der SVR, gestand auf spätere Nachfrage hin ein, dass die Behörden eine „schwarze Liste“ mit den Namen in Hongkong „unerwünschter“ Personen führten, stritt aber ab, dass es sich dabei um eine Falungong-spezifische Ausweisungspolitik handle.

Unter den Demonstranten waren außerdem mehrere hundert Festlandchi-